

U/SW-199/ME



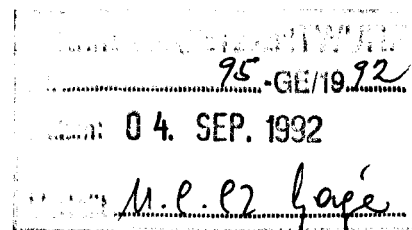
# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die Ausübung des freien  
Dienstleistungsverkehrs und  
die Niederlassung von Rechts-  
anwälten aus dem Europäischen  
Wirtschaftsraum sowie Änderungen  
der Rechtsanwaltsordnung  
(EWR-Rechtsanwaltsrechts-Anpas-  
sungsgesetz 1992 - EWR-RAnpG 1992)

Wien, 2. September 1992  
Kettner/Bu  
Klappe 89 993  
069-32/721/92



*Dr. Bauer*

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 24. Juli 1992,  
Zahl 16.040/16-I 6/92 vom Bundesministerium für Justiz  
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ausübung  
des freien Dienstleistungsverkehrs und die Niederlassung von  
Rechtsanwälten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum sowie  
Änderungen der Rechtsanwaltsordnung beehrt sich der Öster-  
reichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner  
Stellungnahme zu übersenden.

## Beilagen

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die Ausübung des freien  
Dienstleistungsverkehrs und  
die Niederlassung von Rechts-  
anwälten aus dem Europäischen  
Wirtschaftsraum sowie Änderungen  
der Rechtsanwaltsordnung  
(EWR-Rechtsanwaltsrechts-Anpas-  
sungsgesetz 1992 - EWR-RAnpG 1992)

Wien, 2. September 1992  
Kettner/Bu  
Klappe 89 993  
069-32/721/92

An das  
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7  
1070 Wien

Zu dem mit Note vom 24. Juli 1992, Zahl 16.040/16-I 6/92,  
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs und die  
Niederlassung von Rechtsanwälten aus dem Europäischen  
Wirtschaftsraum sowie Änderungen der Rechtsanwaltsordnung  
beehrt sich der österreichische Städtebund mitzuteilen, daß  
dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig  
der Parlamentsdirektion übermittelt.

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)

Generalsekretär